



Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 51'183
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.84
Abo-Nr.: 1077523
Seite: 21
Fläche: 77'917 mm²

Kampf um Steuern und reiche Ausländer

Der Grosse Rat legt einen Gegenvorschlag zur Initiative «Faire Steuern - für Familien» vor: Die Pauschalbesteuerung reicher Ausländer soll nicht abgeschafft, aber verschärft werden. Die Bürgerlichen stimmten bloss aus taktischen Gründen zu.



Die Linke ging hart ins Gericht mit den reichen Ausländern - Bethli Küng (SVP, Saanen) hätte es lieber gesehen, wenn der Grosse Rat ihnen applaudiert hätte. Foto: Adrian Moser

Dölf Barben

Im Grossen Rat sind gestern wieder einmal die Fetzen geflogen. Immerhin ist nun klar, dass der linken Initiative «Faire Steuern - für Familien» ein Gegenvorschlag gegenübergestellt wird. Die Volksabstimmung findet voraussichtlich am 23. September statt. Beim Gegenvorschlag handelt es sich um jenen der vorberatenden Kommission (siehe Kasten). Dieser ist allerdings in der Frage der Pauschalbesteuerung abgeändert worden: Wer sich pauschal besteuern lassen will, muss mindestens ein steuerbares Einkommen von 400 000 Franken angeben - nicht bloss 200 000 Franken.

Mit einer 400 000-Franken-Hürde würden rund 80 Prozent der heute

knapp 240 Pauschalbesteuerten im Kanton aus dem System fliegen. Mit 200 000 Franken könnte über die Hälfte von ihnen weiterhin profitieren. Die bürgerlichen Fraktionen hätten die tiefere Limite an und für sich bevorzugt - aus Liebe zum Saanenland gewissermassen, wo der grösste Teil der «Pauschalierten» wohnt. Heute gibt es keine Limite.

Doch die Bürgerlichen gerieten ins Dilemma: In der Bevölkerung werde schlecht über die Pauschalbesteuerung gedacht, sagte Dieter Widmer (BDP, Wanzwil). Deshalb müsse der Grosse Rat «den Tatbeweis für eine Verschärfung» erbringen und einen «griffigen» Gegenvorschlag präsentieren. Sein Parteikollege Enea Martinelli (Matten) brachte es

auf den Punkt: Primär gehe es bei diesem Geschäft darum, die Steuererhöhung zu «bodigen». Weil diese Herausforderung aber mit der Frage der Pauschalsteuer gekoppelt sei, gerate man aufs Glatteis. Schliesslich stimmten die Bürgerlichen dem Gegenvorschlag mit der höheren Limite zähneknirschend zu. Ihnen war klar geworden, dass das Risiko zu gross war, die Initiative ohne Gegenvorschlag dem Volk vorzulegen.

«Totalschaden ist eingetreten»

Damit ist die Debatte weitgehend so verlaufen, wie es zu erwarten war. Über weite Strecken wurden Argumente vorgebracht, die im Grossratssaal schon Dutzende Male zu hören waren. SP,



Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 51'183
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.84
Abo-Nr.: 1077523
Seite: 21
Fläche: 77'917 mm²

Grüne und EVP erinnerten die bürgerliche Mehrheit mehrmals daran, dass es falsch gewesen sei, 2010 die Steuern zu senken. Auch Finanzdirektorin Beatrice Simon (BDP) sagte gestern, es sei «ein falscher Entscheid» gewesen. Der damals prophezeite «finanzpolitische Totalschaden ist in der Zwischenzeit eingetreten», sagte Blaise Kropf (Grüne, Bern) und sprach von den Schullektionen, die im Zug des letztjährigen Entlastungspakets hätten eingespart werden müssen.

Diese Vorwürfe liessen die bürgerlichen Wortführer kalt: Bern liege in den Steuerstatistiken «praktisch überall auf dem letzten Platz», sagte Andreas Blank (SVP, Aarberg). Jetzt wieder die Steuern erhöhen zu wollen, «kann keinen Sinn ergeben». In die gleiche Kerbe hieb Ruedi Sutter (FDP, Grosshöchstetten): «Es geht darum, den schleichenden Niedergang des Kantons Bern zu stoppen.»

«Lügen vom Gröbsten»

In der Diskussion um die Pauschalbesteuerung prallten Weltanschauungen aufeinander. Roland Näf (SP, Muri) sagte, «wir sprechen hier auch über Griechenland». Wenn reiche Reeder mit riesigen Vermögen in Gstaad fast keine Steuern zu entrichten hätten, seien es die Leute in Griechenland, welche die Zeche bezahlten. «Es ist eine Frage der internationalen Gerechtigkeit.» Ursula Brunner (SP, Hinterkappelen) sagte, der Zweck dürfe die Mittel nicht heiligen. Die «zu-

tiefst ungerechte» Pauschalsteuer werde nicht gerechter, nur weil ein paar Gemeinden davon profitierten.

Die bürgerlichen Grossratsmitglieder betrachteten die Sache pragmatisch: Er gebe Näf recht, sagte Enea Martinelli. Eines in diesem Zusammenhang sei tatsächlich «eine Sauerei». Aber Näf argumentiere «rein populistisch». Die Pauschalbesteuerung sei vielmehr eine, wenn nicht die einzige vernünftige Möglichkeit, reiche Ausländer überhaupt angemessen besteuern zu können.

Finanzdirektorin Beatrice Simon warnte ebenfalls davor, die Pauschalbesteuerung «zu verteuern». Zudem gebe es Unterschiede zu Zürich, wo sie bereits abgeschafft worden sei. Wenn dort ein reicher Ausländer wegziehe, finde sich rasch ein neuer Bewohner für ein leer stehendes Haus. Anders in Saanen: Reiche Ausländer würden lediglich den Wohnsitz verlegen, ihr Haus aber weiterhin als Feriendomizil benutzen - und keine Steuern mehr bezahlen.

Mehrmals angesprochen fühlte sich gestern Bethli Küng (SVP, Saanen): Als gewissermassen Direktbetroffene stellte sie klar, es würden «hier Lügen vom Gröbsten erzählt». Für die Menschen in Saanen stellten «solche Leute, die praktisch freiwillig Infrastrukturbeiträge bezahlen, ein grosses Geschenk dar». Sie hoffe, sagte sie, die Initiative werde «mit grossem Mehr in die Wüste geschickt».

Volksabstimmung Eine Initiative, ein Gegenvorschlag

Die Initiative «Faire Steuern – für Familien», die im März 2010 lanciert wurde und von den Gewerkschaften, von SP, Grünen und EVP unterstützt wird, verlangt: Die Anfang 2010 beschlossene Steuergesetzrevision wird rückgängig gemacht, soweit es sich nicht um den Ausgleich der kalten Progression oder um die Anpassung an Vorgaben des Bundes handelt. Die Kinderabzüge werden von 7000 auf 8000 Franken erhöht. Die Pauschalsteuer für reiche Ausländer wird abgeschafft.

Die Folgen: Jährlich flössen über 80 Millionen Franken zusätzlich in die Staatskasse (Einkommenssteuern:

65 Millionen; Vermögenssteuern: 18 Millionen). Die höheren Kinderabzüge würden dagegen knapp 20 Millionen kosten.

Was die Abschaffung der Pauschalsteuer bringt, ist nicht bekannt. Familien hätten erst ab einem Bruttoeinkommen von 150 000 Franken mit einer Mehrbelastung zu rechnen.

Der Gegenvorschlag, der gestern beschlossen wurde, macht die Steuersenkung nicht rückgängig. Der Kinderabzug wird aber ebenfalls auf 8000 Franken erhöht. Die Pauschalbesteuerung wird nicht abgeschafft, aber verschärft: Neu wird eine Mindestlimite von 400 000 Franken für das steuerbare Einkommen eingeführt. Als Bemessungs-

grundlage der Pauschalsteuer dient heute das Fünffache der Wohnkosten. Neu soll Faktor 7 zur Anwendung gelangen.

Die Folgen: Wegen des höheren Kinderabzugs verringern sich die Steuereinnahmen des Kantons jährlich um knapp 20 Millionen. Die Verschärfung der Pauschalsteuer bringt laut Regierung jährlich 5 Millionen ein.

Der Gegenvorschlag der Regierung, der gestern scheiterte, sah beides vor: eine Verschärfung der Pauschalbesteuerung (mit Limite 400 000 Franken) und die Aufhebung der Steuersenkung. Der ursprüngliche Gegenvorschlag der vorberatenden Kommission wollte eine niedrigere Limite bei der Pauschalsteuer (nur 200 000 Franken). (db)